In Not

Die Fachgruppe Grundschulen empfindet es als Skandal, dass sie als größte Gruppe unter den Schulen im neuen Koalitionsvertrag nicht vorkommen

Wir benötigen mehr Ressourcen zur Umsetzung von Inklusion (wir wollen gute Qualität!), mehr Personal zur Gewährleistung der ganztägigen Betreuung, nicht ständig neue Aufgabenstellungen ohne ausgleichende Finanzierung.

Ohne unsere qualitativ gute Arbeit bekämen die Gymnasien keinen Nachwuchs! Statt 4 Prozent Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich LSE sind es reale 6,6 Prozent. Die pauschale Zuweisung von sonderpädagogischen Ressourcen ist also viel zu niedrig! Der Spagat, den Grundschulen leisten müssen, wird nicht gesehen! Wir haben in einer Klasse ein Leistungsspektrum von bis zu drei Jahren aufzufangen! Wir fordern mehr Stellen auch für Grundschulen, damit die besten Lehrer_innen und Vorschullehrer_innen den besten Unterricht bereits in der Grundschule inklusive Vorschule geben können! Dafür brauchen wir aber die entsprechenden Mittel. Erzieher_innen und Sozialpädagog_innen sind zu Zeiten des inklusiven Unterrichts aus unserer Sicht an Grundschulen unentbehrlich. Sozialpädagog_innen sollten die Teams in ihrer vielfältigen und anspruchsvollen Arbeit unterstützen: Beratung von Familien, Schnittstelle zum ReBBZ, ASD, Arztpraxen, Begleitung einzelner Kinder im Unterricht und in Pausenzeiten, etc. Auch geeignete Schulbegleiter_innen sind extrem wichtig, damit Kinder mit speziellem Förder- und Betreuungsbedarf nicht wieder exkludiert werden müssen. Wir brauchen kleine multiprofessionelle Teams und ausreichend Koordinationszeiten.

Die Grundschulen müssen Verlässlichkeit bieten, können die Kinder im Krankheitsfall nicht nach Hause schicken und brauchen deshalb genug Vertretungsreserven. Doch diese werden den Grundschulen abgezogen und von der BSB zentral verwaltet. Wir fordern, dass auch die Grundschulen – wie alle anderen Schularten – selbstbestimmt darüber entscheiden können.

Die KESS-Faktoren wurden an vielen Schulen heraufgesetzt, obwohl sich die Schüler_innenschaft nicht verändert hat. In Lurup bspw. wurden drei Grundschulen mit dem KESS Faktor 3 eingestuft, obwohl diese Schulen nur ein Drittel ihrer Schüler_innenschaft aufs Gymnasium schicken (der Hamburger Durchschnitt liegt bei 50 Prozent), 25 Prozent den Hauptschulabschluss machen und 10 Prozent gar keinen Schulabschluss erreichen. Und das soll KESS 3 sein?

Für die Fachgruppe Grundschulen
SABINE BIELEFELDT,
KATHRIN JÄNNER
Grundschule Mümmelmannsberg
(die Kernforderungen wurde auf dem Gewerkschaftstag angenommen)

Willkommene Unterbrechung: Streikende Erzieher_innen konnten sich der Solidarität der Delegierten gewiss sein

Arbeitszeit von Lehrer_innen

Beschluss des Hamburger Gewerkschaftstags der GEW am 27. Mai 2015

1. Die GEW Hamburg bekräftigt ihre Ablehnung der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung („AZM“). Diese Arbeitszeitregelung hat seit ihrer Inkraftsetzung 2003 zu Mehrarbeit, Mehrbelastungen, zusätzlichen Aufgaben ohne Ausgleich, Ungerechtigkeit, Einsparungen, Konkurrenz unter den Kolleg*innen, Unfrieden in den Kollegien sowie zwischen Schulleitungen und Lehrkräften geführt.

2. Wir wollen eine neue, gerechte und faire Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte in Hamburg erreichen, die folgende Umrisse haben soll:

- Es wird eine Unterrichtshöchstgrenze von 20 Unterrichtsstunden in der Woche bei einer Vollzeitstelle (Teilzeit entsprechend prozentual herunter gerechnet) festgesetzt.
- Die Unterrichtsstunden werden nicht nach Fächern oder Jahrgängen unterschiedlich gewichtet oder faktorisiert.
- Die Arbeitszeitverteilung von Lehrkräften wird (bei einer derzeitigen Wochenarbeitszeit von 46,57 Stunden in den Unterrichtswochen für eine volle Stelle) folgendermaßen beschrieben: 30% Unterrichtszeit, 30% Vor- und Nachbereitung sowie Korrekturen, 20% Kooperations- und Konferenzzeit, 10% Eltern- bzw. Institutionskontakte, 10% Funktionszeiten und Weiterbildung.
- Besondere Funktionen und Belastungen (Leitungstätigkeiten, Fachleitungen, Abiturkorrekturen usw.) werden unter der Beteiligung von Lehrerkonferenz und Personalrat schuljährlich von der Unterrichtszeit abgezogen.
- Es werden vollwertige Arbeitsplätze an der Schule für jede Lehrkraft geschaffen.

3. Wir nehmen Kontakt zu Bildungsbehörde, Senat und Fraktionen in der Bürgerschaft auf mit dem Ziel, Verhandlungen über unsere Forderungen zu beginnen. Wir werden deutlich darauf hinweisen, dass das im rot – grünen Koalitionsvertrag ab S. 85ff beschriebene Ziel, die Unterrichtsqualität an Hamburger Schulen zu erhöhen, nur mit der Umsetzung aller o. g. Punkte verfolgt werden kann.

4. Wir unterstützen alle GEW Betriebsgruppen an Schulen, die sich gegen die Mehrbelastung und Mehrarbeit durch die herrschende LAZVo wehren, durch Veranstaltungen, Material und Aktionen vor Ort. Dazu nehmen wir intensiven Kontakt zu den GEW Vertrauensleuten und anderen GEW Aktiven an den Schulen auf. Aktionen und Auseinandersetzungen an einzelnen Schulen sollen vor Ort geführt, aber auch vernetzt und zusammengebracht werden. Dazu nehmen wir alle gewerkschaftlichen Mittel bis hin zum Arbeitskampf in den Blick.

5. Wir starten (mindestens) gemeinsam mit den GEW Landesverbänden Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin eine überregionale Kampagne zur Reduzierung von Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrer*innen. Erste Planungen dazu haben begonnen, eine Verbreiterung im Koordinierungsvorstand der GEW ist angestrebt. In diesem Rahmen planen wir für den Frühherbst 2015 einen norddeutschen Aktionstag.

6. Als konkreten Einstieg in eine Arbeitszeitentlastung der Hamburger Lehrkräfte fordert die GEW, dass beginnend mit dem Schuljahr 2015/2016 nicht mehr als 75% der Arbeitszeit der Lehrkräfte für Unterricht eingesetzt wird. Das impliziert, dass die Funktionszeiten für Schulleitungsaufgaben (Schulleitungen, Stellvertreter*innen, Abteilungsleiter*innen) ab dem nächsten Schuljahr aus extra Zuweisungen der BSB und nicht mehr aus den allgemeinen F-Zeiten finanziert werden. Die 75% Arbeitszeit für Unterricht (U-Zeiten) sollen mit jedem Schuljahr weiter reduziert werden, bis unsere Zielzahlen erreicht sind.

7. Die GEW Hamburg prüft, ob sie sich an einer wissenschaftlichen Untersuchung der realen Arbeitszeit von Lehrkräften, evtl. gemeinsam mit anderen norddeutschen GEW Landesverbänden, beteiligt.